

Das Wochenmagazin der SPÖ - www.spoe.at



Aktuell

Februar 2009 - Nr. 5 - 0,73 Euro



**Faymann.
Die neue Politik.**



**Mit den Menschen
Für die Menschen**

„Faymann. Die neue Politik“ lautete der Titel der Großveranstaltung in Wien Erdberg, bei der Bundeskanzler Werner Faymann eine fulminante Rede hielt. Inhalt: Herausforderungen und Ziele für das Jahr 2009. Beeindruckend war allerdings nicht nur die wegweisende Rede des SPÖ-Vorsitzenden, sondern auch die von den Medien viel beachtete Inszenierung in der U-3-Remise in Wien Erdberg. Ebenso beeindruckend war, dass mehr als 1.400 GenossInnen an diesem Abend dabei waren, um mit ihrer Anwesenheit ein persönliches Zeichen zu setzen für ihre Zustimmung zur SPÖ-Politik der sozialen Sicherheit. Diesem Thema und dem Kampf gegen die Armut widmen wir auch den Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe des „SPÖ Aktuell“.

Abgerundet wird das Themenspektrum mit der aktuellen Diskussion um den islamischen Religionsunterricht. Mit Thomas Schmidinger ist es uns gelungen, einen Gastkommentar zu gewinnen, der anerkannter Islamexperte ist und ein Handbuch zum politischen Islam verfasst hat.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Soziale Sicherheit.....	4
Interview mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer.....	5
Alles zur Mindestsicherung	6
Investitionen in die Schule.....	8
„Die Neue Politik“ – Faymann hält eine programmatische Rede.....	12
Gastkommentar von Thomas Schmidinger zum Islamunterricht	14

Bundeskanzler besucht innovatives Unternehmen

Ende Jänner besuchte Werner Faymann im Zuge eines Bundesländer-Tages die Robert Bosch AG in Wien. Dem Bundeskanzler wurden der

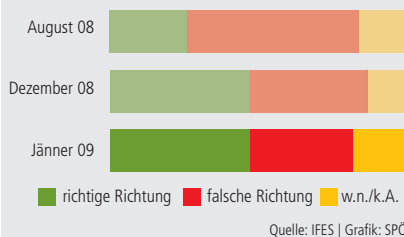


Lehmann

Betrieb und die Standorte der Bosch-AG präsentiert. Im Gespräch mit Mitarbeitern und dem Management konnte sich der Bundeskanzler vom arbeitnehmerfreundlichen Klima des Unternehmens überzeugen und sich über die Lehrlingsausbildung im Betrieb informieren. Anerkennend äußerte sich Faymann besonders über die stattlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung, dies zeichne ein "zukunftsorientiertes Unternehmen" aus. Die Robert Bosch AG Österreich beschäftigt bundesweit rund 1.800 Mitarbeiter. Die Firma ist in den Bereichen der Gebrauchsgüter, der Kraftfahrzeug-, Gebäude- sowie Industrietechnik tätig. ♦

THEMEN DER WOCHE

Bewegen sich die Dinge in Österreich in die richtige Richtung?



Umfrage: Vertrauen in die Regierung steigt

Trotz der Wirtschaftskrise und der schwierigen Situation am Arbeitsmarkt steigt das Vertrauen in die österreichische Regierung. Grund ist der gute Start der Regierung Faymann. Im Jänner gaben 47 Prozent an, dass sich die Dinge in Österreich in die richtige Richtung bewegen, während im August 2008 nur 26 Prozent dieser Meinung waren. ♦

mitreden.spoe.at

Meinungsforum: Ethik- statt Religionsunterricht?

Eine Studie über das Demokratieverständnis von Islamlehrern hat für Aufregung gesorgt. Und auch der Vatikan ist durch fragwürdige Entscheidungen erneut in den Schlagzeilen. Daher stellt sich die Frage, ob es noch zeitgemäß ist, unsere Kinder dem herkömmlichen Religionsunterricht auszusetzen. Die Alternative wäre ein Ethikunterricht, der dazu beitragen könnte, das gegenseitige Verständnis von Kultur und Religion zu erhöhen. Diskutiere auf www.mitreden.spoe.at über die Vor- und Nachteile des Ethikunterrichts.



Fotolia

Bures startet Kindersicherheits-Initiative

Um der zunehmenden Anzahl mangelhafter bis gar nicht gesicherter Kinder im Auto entgegenzuwirken, startet Verkehrsministerin Doris Bures nun eine Sicherheitsinitiative. Mit Kindersicherheitsseminaren will sie nicht nur in die Informationsoffensive gehen, sondern auch das Bewusstsein für die Sicherheit der kleinen Passagiere sensibilisieren. „Diese Seminare werden künftig bei Verletzung der Kindersicherungspflicht im PKW angeordnet werden“, kündigt Bures an. Laut internationalen Studien sind zwei Drittel aller Kindersitze falsch montiert oder die Kinder fehlerhaft gesichert. Deshalb will Bures Info-Folder der Baby-Erstausrüstung beilegen. ♦

Zitat der Woche

„Dörflers geistiger und welt-politischer Horizont ist mit seinem Nachnamen erklärt.“

Altkanzler Franz Vranitzky

Bund bildet über 1.000 Lehrlinge aus

Insgesamt 300 Lehrlinge wird der Bund heuer aufnehmen, wie Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ankündigt. Im Oktober war mit 1.096 Lehrlingen ein Höchststand zu verzeichnen. Der Schwerpunkt der Lehrberufe liegt beim/bei der Verwaltungsassistentin, doch auch in technischen Berufen wird ausgebildet, wie etwa in der Informations-, Werkzeug- und Flugzeugtechnik. Eine besondere Vorreiterrolle nimmt der Bund in Sachen „Lehre und Matura“ ein, ebenso wie bei Zusatzausbildungen in Kommunikationstraining und E-Government-Modulen. ♦



Wenzel



STANDPUNKT

Der Jugend die Angst vor dem Morgen nehmen

Die Finanzkrise offenbart: Der Neoliberalismus ist grandios gescheitert, nur solidarisches Handeln bringt uns weiter

Die Prediger des Dogmas, dass der freie Markt schon alles regle, dass der Staat sich nur ja aus allem heraushalten soll, haben in einem ungeahnten Ausmaß Schiffbruch erlitten. Heute steht fest, dass der Markt eben nicht alles richten kann. Im Gegenteil: Ein ungezügelter Markt ist unfähig zu einem Gesellschafts-

Nachfrage bestimmen – wirtschaftliche Krise bedeutet keine Chance auf einen Ausbildungsplatz. So einfach ist die Welt für die Prediger des freien Marktes. Dass damit eine ganze Generation ihrer Chance auf eine sichere Zukunft beraubt wird spielt für sie keine Rolle. Arbeitslosigkeit ist schlimm genug. Arbeitslosigkeit in der Jugend ist je-

entsprechende Qualifikation über die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Es ist unsere Aufgabe, der Jugend die Angst vor dem Morgen zu nehmen.

Wir SozialdemokratInnen stellen dem neoliberalen System daher ein Gesellschaftsmodell gegenüber, in dem der Staat seiner Verantwortung gegenüber dem Einzelnen nachkommt. Wir SozialdemokratInnen wollen eine andere Wirtschaftsordnung. Wir wollen eine Gesellschaft, in der der Mensch im Mittelpunkt steht – und nicht der Aktienmarkt. Eine Wirtschaftsordnung in der soziale Gerechtigkeit und Solidarität die Eckpfeiler bilden und nicht der kurzfristige Profit.



Bilderbox

Heute mehr denn je, entscheidet die Ausbildung und die entsprechende Qualifikation über die Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

modell beizutragen, in dem Chancengleichheit und Gerechtigkeit zentrale Bedeutung haben. In keinem Bereich ist das so sehr spürbar, wie im Bereich der Beschäftigung im allgemeinen, im Bereich der Jugendbeschäftigung im speziellen.

Würde man den neoliberalen Lehren konsequent folgen, dann hätten die jungen Menschen, die jetzt mit der Krise konfrontiert sind einfach Pech gehabt. Angebot und

doch ein Problem, das für den Einzelnen mit Konsequenzen verbunden ist, die ihn unter Umständen sein Leben lang begleiten werden. Wenn Jugendliche heute keinen Ausbildungsplatz finden, dann kann und darf man sie nicht ihrem Schicksal überlassen. Selbst wenn sich die Wirtschaft wieder erholt, finden sie mangels Qualifikation auch dann nur schwer einen Job. Heute mehr denn je, entscheidet die Ausbildung und die

Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unternimmt die Regierung alle Anstrengungen, um die Ausbildungsgarantie bis 18 Jahre einzuhalten.

Dass Österreich heute besser dasteht als andere Länder liegt auch daran, dass Österreich in den wesentlichen Bereichen auf eine staatlich gesicherte Finanzierung gesetzt hat. Für den Jugendlichen ohne Job ist das allerdings kein Trost. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unternimmt die Regierung daher alle Anstrengungen, um die Ausbildungsgarantie bis 18 Jahre einzuhalten. Dadurch wird sichergestellt, dass junge Menschen in Schulen, Unternehmen oder in überbetrieblichen Lehrwerkstätten auch in Krisenzeiten eine solide Ausbildung erhalten. Für uns gilt, dass wir die Ärmel aufkrempeln und dafür arbeiten, dass die Folgen der Wirtschaftskrise rasch bewältigt werden, denn wir stehen dort, wo die Menschen unsere Unterstützung brauchen. ♦

SOZIALES

Armut wirksam

Sozialpolitik ist dann erfolgreich, wenn sie soziale Ausgrenzung verhindert und gleichzeitig wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik fördert. Die Maßnahmen der SPÖ-geführten Regierung sollen genau das gewährleisten.



in den Arbeitsmarkt zu integrieren, denn nur Beschäftigung schützt nachhaltig vor Armut. „Die BMS ist keine soziale Hängematte, sondern viel mehr ein Trampolin zurück in den Arbeitsmarkt“, so Hundstorfer, der auch betont, dass die BMS von einer starken Säule mit aktivierenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen begleitet wird.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie erhöhen

Wie der aktuelle Sozialbericht zeigt, sind rund eine Million Menschen in Österreich von Armut gefährdet, vor allem Alleinerziehende tappen leicht in die Armutsfalle. Und auch Familien, in denen die Frau nicht erwerbstätig ist, haben ein doppelt so hohes Armutsrisiko wie Familien mit berufstätigen Frauen. Dies zeigt, dass der Berufstätigkeit der Frauen eine entscheidende Rolle zukommt, wenn es darum geht, Armut zu verhindern. Die Bundesregierung hat auch darauf reagiert und will die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen. So wird der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen und Ganztagschulen forciert. Das geplante Gratiskindergartenjahr entlastet zusätzlich die Familien. In den SPÖ-geführten Ländern Burgenland und Salzburg geht man bezüglich des Gratiskindergartens noch einen Schritt weiter. Dort will man sich nicht mit dem letzten kostenlosen Kindergartenjahr zufrieden geben, sondern dem Vorbild Steiermark folgen und den Kindergartenbesuch vollständig gratis gestalten. Doch auch für die bessere Verankerung von Frauen im Berufsleben will man Sorge tragen. Deshalb hat die Bundesregierung im Regierungsprogramm festgehalten, dass die Hälfte der Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen den Frauen zu Gute kommen soll. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Konjunkturpakets 75 Millionen Euro für Beschäftigungsmaßnahmen mit dem Schwerpunkt Frauen zur Verfügung gestellt. Als erster Schritt startet eine regio-

Immer mehr Menschen laufen Gefahr, in die Armutsfalle zu tappen. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise ist es daher wichtig, im sozialpolitischen Bereich verstärkt Maßnahmen zu setzen.

Die effektive Bekämpfung von Armut ist ein erklärtes Ziel der Bundesregierung. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode wurde Wesentliches geleistet, um der Armut entgegenzuwirken beziehungsweise dieser vorzubeugen. Während die Regierungszeit von schwarz-blau/orange von Sozialabbau geprägt war, hat die SPÖ-geführte Regierung die soziale Situation in Österreich deutlich verbessert – z. B. durch die Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze, der vorgezogenen Pensionsanpassung, dem Mindestlohn von 1.000 Euro, der Besserstellung der Freien Dienstnehmer und der Streichung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Diesen Kurs wird auch die Regierung Faymann fortsetzen. Gerade angesichts der Wirtschaftskrise muss dafür Sorge getragen werden, dass soziales Engagement nicht unter die Räder kommt. Die Devise von Sozialminister Hundstorfer lautet daher: „Keine soziale Kälte einziehen

lassen.“ Er will möglichst rasch für die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) sorgen. Denn nur die BMS garantiert „einheitliche Mindeststandards vom Bodensee bis zum Neusiedlersee“, ist der Sozialminister überzeugt. Er strebt das Inkrafttreten am 1. Jänner 2010 an, ein früherer Termin sei „illusorisch, da es sich um ein ehrgeiziges Projekt handelt“. Die Bundesländer sind mit an Bord – mit Ausnahme von Kärnten. Dort stemmt sich das BZÖ mit Landeshauptmann Gerhard Dörfler noch immer gegen die BMS. Für Sozialminister Hundstorfer ist das aber kein Grund, diese wichtige sozialpolitische Maßnahme noch länger aufzuschieben. Wie der Verfassungsdienst bescheinigt hat, ist eine rechtliche Umsetzung der BMS auch ohne Kärnten möglich. Jedoch steht Kärnten die Tür immer offen, sollte dort noch ein Gesinnungswandel eintreten.

Im Gegensatz zur Sozialhilfe will man mit der BMS erreichen, die Betroffenen wieder

bekämpfen

nale Qualifizierungsoffensive, von der über 4.000 Frauen profitieren sollen. Ein weiteres Qualifizierungsprogramm, das forciert wird, ist „Frauen in Handwerk und Technik“ (FIT). Damit sollen Frauen zur Ausbildung in nicht traditionellen Berufen motiviert werden. Derzeit befinden sich bereits 1.859 Frauen in diesem Programm.

Ohne Sozialausgaben Armut drei Mal höher

Wie wichtig es ist, dass Österreich 28,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Sozialausgaben investiert, macht Sozialminister Rudolf Hundstorfer deutlich: Ohne diese Ausgaben wäre die Armutsgefährdung in Österreich drei Mal höher. Und Österreich liegt im internationalen Bereich gut, was die Armutsgefährdungsquote betrifft. Im Ranking der EU-27 belegt Österreich den Platz drei. In den kommenden Jahren werden auf unser Sozialsystem jedoch einige Herausforderungen zukommen. Vor allem die demographische Entwicklung wird eine moderate Erhöhung der Sozialausgaben bis 2030 mit sich bringen. ♦

Armutsgefährdung nach Haushaltstyp und Alter der Kinder

	Armutsgefährdung	
	in 1.000	in %
Gesamt	1.027	13
Haushalte mit Pension		
Alleinlebende Männer	(11)	(9)
Alleinlebende Frauen	123	28
MPH	116	12
Haushalte ohne Pension		
Alleinlebende Männer	68	19
Alleinlebende Frauen	68	22
MPH ohne Kinder	151	8
MPH + 1 Kind	11	8
MPH + 2 Kinder	16	11
MPH + 3 Kinder+	12	16
Ein-Eltern-Haushalt	9	27
Haushalte nach Alter der Kinder		
jüngstes Kind bis 3 J.	185	16
jüngstes Kind 4 bis 6 J.	104	17
jüngstes Kind über 6 J.	214	9

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006 | Grafik: SPÖ

INTERVIEW

„Mindestsicherung ist Sprungbrett in den Arbeitsmarkt“

Sozial- und Arbeitsminister Hundstorfer im Gespräch mit SPÖ-Aktuell über die bedarfsorientierte Mindestsicherung, Kurzarbeit und Jugendarbeitslosigkeit.

SPÖ Aktuell: Laut Sozialbericht sind in Österreich eine Million Menschen armutsgefährdet. Mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) will die Regierung nun der Armut den Kampf ansagen. Welche Vorteile hat die BMS gegenüber der Sozialhilfe?

Rudolf Hundstorfer: Zum einen werden mit der BMS einheitliche Standards geschaffen. Während die Höhe der Sozialhilfe von Bundesland zu Bundesland variiert, gelten dann vom Bodensee bis zum Neusiedlersee die gleichen Mindeststandards. Zum anderen ist die Mindestsicherung stark an arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gebunden. Sie ist also keine soziale Hängematte, sondern ein Sprungbrett in den Arbeitsmarkt.

Die BMS wird auch von den Bundesländern begrüßt, mit Ausnahme von Kärnten. Wie wird man hier nun weiter vorgehen?

Rudolf Hundstorfer: Die Einführung der BMS ist auch ohne Kärnten möglich, obwohl es mich natürlich freuen würde, wenn sich alle Bundesländer anschließen würden. Kommt die BMS in Kärnten nicht, wird Landeshauptmann Dörfler den Kärntnern erklären müssen, warum sie nicht die Vorteile der Mindestsicherung genießen dürfen. Ich hoffe auf ein Einlenken von Kärnten nach den Landtagswahlen. Die Tür steht jedenfalls offen.

Die Wirtschaftskrise bringt den Arbeitsmarkt unter Druck. Viele Betriebe melden ihre Arbeitnehmer zur Kurzarbeit an. Ist das der richtige Weg, um wirtschaftlich schwere Zeiten zu überwinden?

Rudolf Hundstorfer: Ja. Denn Kurzarbeit



BMASK

Sozial- und Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer

heißt, die Menschen in den Betrieben zu halten. Heuer rechnen wir mit rund 40.000 Arbeitnehmern, die zur Kurzarbeit angemeldet werden, sollten es noch mehr werden, würde mich das auch nicht stören. Immerhin kostet ein Arbeitsloser dem AMS genau so viel wie drei Personen in Kurzarbeit.

Sie haben nun das Modell Kurzarbeit Neu vorgestellt, können Sie dieses Modell kurz skizzieren?

Rudolf Hundstorfer: Das Ziel dieser Maßnahme ist es, mehr Flexibilität zu bieten. Der Durchrechnungszeitraum wird erhöht und künftig wird es möglich sein, bis zu 18 Monate kurzuarbeiten. Auch soll die Kurzarbeit dazu genutzt werden, die Mitarbeiter besser zu qualifizieren. Wir müssen die Krise als Chance sehen – als Chance, die Arbeitnehmer fitter für die kommenden Herausforderungen zu machen.

Die aktuellen Arbeitsmarktdaten zeigen, dass es für Jugendliche immer schwieriger wird, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Was tut die Regierung, um jungen Menschen den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern?

Rudolf Hundstorfer: Den Jugendlichen muss vermittelt werden, dass sie gebraucht werden, dass auch sie optimistisch in die Zukunft blicken können. Mit der Ausbildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr und überbetrieblichen Lehrwerkstätten wird dafür gesorgt, dass kein junger Mensch auf der Straße steht. Im Jahr 2009/2010 wollen wir erreichen, dass 12.000 Ausbildungsplätze in überbetrieblichen Lehrwerkstätten zur Verfügung stehen. Aber natürlich ist auch die Wirtschaft gefordert, ausreichend Lehrplätze zur Verfügung zu stellen. ♦

MINDESTSICHERUNG

Wer wann wie viel von wem bekommt

Anfang nächsten Jahres soll die Bedarfsorientierte Mindestsicherung in Kraft treten. „SPÖ-Aktuell“ fasst alles, was man dazu wissen muss, auf einen Blick zusammen.



Autor (Mindeststandard) sollen Lebensunterhalt und Unterkunftsbedarf, sowie Schutz bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung abgedeckt sein. Zusätzlich ist ein Anteil von 25 Prozent zur Finanzierung der Wohnkosten berücksichtigt.

An welche Bedingungen ist die BMS geknüpft?

Arbeitsfähige Menschen müssen alle Anstrengungen unternehmen, um wieder in den Arbeitsmarkt eintreten zu können.

Wie werden BezieherInnen der BMS in den Arbeitsmarkt integriert werden?

EmpfängerInnen der BMS sollen Zugang zu den Fördermöglichkeiten und Weiterbildungsangeboten des AMS haben, um so leichter den Weg zurück in den Arbeitsmarkt zu finden.

Ist die BMS eine soziale Hängematte für Menschen, die nicht arbeiten wollen?

Nein, denn es kann stufenweise zu Kürzungen der BMS bis zu 50 Prozent kommen, wenn arbeitsfähige Menschen sich nicht in den Arbeitsmarkt eingliedern wollen. Weiterreichende Kürzungen bzw. ein völliger Entfall der Leistungen soll es nur in Ausnahmefällen geben.

Welches Vermögen dürfen BezieherInnen der BMS besitzen?

Bevor die BMS in Anspruch genommen wird, muss eigenes Vermögen eingesetzt werden, wobei es hier klare Ausnahmen gibt. Dazu gehören ein benötigtes KFZ, Hausrat (Möbelstücke, Einrichtungen etc.), Gegenstände zur Erwerbsausübung und Ersparnisse bis zur Höhe der 5-fachen Leistung für Alleinstehende (3.544 Euro, Stand 2008). Die Sicherstellung im Grundbuch von nicht verwertbaren Lie-

genschaften erfolgt erst nach sechs Monaten.

Muss man nach Eintritt in die Erwerbstätigkeit die BMS zurückzahlen?

Nein, denn bei der BMS handelt es sich nicht um ein zinsfreies Darlehen und der Kostenersatz wird bis auf wenige Ausnahmen abgeschafft. Die derzeit ländervariierende Kostenersatzpflicht soll mit der BMS vereinheitlicht abgeschafft werden. Kinder sollen daher künftig ebenso wenig zum Regress herangezogen werden, wie Eltern für ihre volljährigen Kinder.

Ersetzt die BMS künftig Arbeitslosengeld und Notstandshilfe?

Nein, diese beiden Sozialleistungen werden nicht ersetzt. Liegt die Höhe des Arbeitslosengeldes bzw. der Notstandshilfe unter dem Satz der BMS, kann eine ergänzende Leistung der BMS (wie es vorher bei der Sozialhilfe üblich war) gewährt werden.

Ist man als BezieherIn der BMS krankenversichert?

Ja, man ist krankenversichert und kann mit der E-Card alle Leistungen des Gesundheitssystems in Anspruch nehmen. Der Sozialhilfekrankenschein wird abgeschafft. Dazu erhalten BMS-EmpfängerInnen dieselben Vergünstigungen wie AusgleichszulagenbezieherInnen.

Wo sucht man um die Bedarfsorientierte Mindestsicherung an?

Man kann bei allen Stellen, die vom Land als geeignet erachtet werden, einreichen (Gemeindeamt, Bezirkshauptmannschaft, Magistrat etc.). Ebenso kann man beim AMS einen Antrag stellen, der dann automatisch an die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde weitergeleitet wird. ♦

Wer erhält die Bedarfsorientierte Mindestsicherung?

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) erhalten jene Menschen, die in eine Notlage geraten sind und keine angemessenen Mittel zur Verfügung haben, um den eigenen Bedarf oder jenen der Angehörigen ausreichend decken zu können.

In welcher Höhe wird diese ausbezahlt?

Die BMS orientiert sich am Ausgleichszulagenrichtsatz, der 2009 von 747 Euro auf 772 Euro brutto erhöht wurde. Alleinstehende und Alleinerziehende erhalten 100 Prozent, Ehepaare zwei Mal 75 Prozent – und das 14 Mal pro Jahr. Die konkrete Höhe der Leistung bei Inkrafttreten steht derzeit noch nicht fest. Die angegebenen Richtsätze gelten als Mindeststandards, Länder können darüber hinausgehende Unterstützungen leisten.

Was soll die BMS alles abdecken?

Mit dem pauschalierten Mindestbetrag

ARBEITSMARKT

Die Krise als Chance

Die Wirtschaftskrise hat nun auch die Situation am Arbeitsmarkt verschärft. Mit einer Qualifizierungsoffensive will die Regierung gegensteuern. Insgesamt wird heuer eine Milliarde Euro in aktive Arbeitsmarktpolitik investiert.

Die globale Finanzkrise ist in Österreich immer stärker spürbar. Das lässt sich an der aktuellen Entwicklung der Arbeitslosigkeit deutlich ablesen: Die Zahl der Jobsuchenden kletterte im Jänner im Jahresvergleich um 12,2 Prozent auf 301.529. Übersehen darf man aber nicht, dass trotz der krisenhaften Situation die Beschäftigung weiter steigt. Mit 3,343 Millionen unselbstständig Beschäftigten wird ein neuer Höchststand erreicht.

Ein wesentlicher Faktor, um die Chancen der Menschen am Arbeitsmarkt zu verbessern, ist Bildung. Eine bessere Ausbildung der ArbeitnehmerInnen bzw. der Arbeitssuchenden ist ein wichtiger Schlüssel zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und auch zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Das heißt: In der Krise liegt auch die Chance, den heimischen Wirtschaftsstandort und den Arbeitsmarkt noch konkurrenzfähiger zu machen.

Regionale Fachkräfteausbildung

Neben den neu eingeführten Qualifizierungsmöglichkeiten während der Kurzarbeit (s. Kasten) sind einige Förderprogramme im Laufen, um dringend benötigte Fachkräfte auszubilden. Besonders hervorzuheben ist das Programm „Regionale Fachkräfteausbildung“ durch das im heurigen Jahr 6.422 Arbeitslose zu Fachkräften in den unterschiedlichsten Branchen ausgebildet werden sollen. Ausschlaggebend ist hier der regionale Bedarf, sodass je nach Region ganz unterschiedlich Fachkräfte ausgebildet werden. Dabei wird besonders auf Frauen Rücksicht genommen. Von den 6.422 Menschen, die durch dieses Programm ausgebildet werden, sind 4.131 Frauen, das sind 64 Prozent. Für das Jahr 2010 wird die Ausbildung von 10.000



Lehmann

Das Auffangnetz für Jugendliche wird von derzeit 10.000 auf 12.000 Stellen aufgestockt. Damit soll der steigenden Jugendarbeitslosigkeit Einhalt geboten werden.

Fachkräften angestrebt. Insgesamt stehen für das Programm der „Regionalen Fachkräfteausbildung“ 35 Millionen Euro zur Verfügung – wie im Regierungsprogramm vereinbart.

Ausbildungsgarantie umsetzen

Ein besonderes Augenmerk legt die Bundesregierung auf das Thema Jugendbeschäftigung. Für das Ausbildungsjahr 2008/2009 wurden seitens des Arbeitsmarktservice Österreich Ende Dezember 2008 rund 10.300 Lehrgangsplätze geplant. Es ist vorgesehen, diese Lehrausbildungsplätze im Rahmen der überbetrieblichen Lehrausbildung auf 12.000 im Ausbildungsjahr 2009/2010 zu erhöhen. Sollte im Zusammenhang mit der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung die Ausbildungsbereitschaft der Lehrbetriebe sinken, ist auch eine Erhöhung der überbetrieblichen Lehrausbildungsplätze auf 15.000 möglich. ♦

ZUM THEMA

Größte Qualifizierungsoffensive

Zu den wichtigen Neuerungen bei der Kurzarbeit, die rückwirkend mit 1. Februar beschlossen werden sollen, gehört die Möglichkeit, die frei gewordene Zeit zur Qualifizierung der in Kurzarbeit befindlichen MitarbeiterInnen zu nutzen.

Mit dieser größten Qualifizierungsoffensive für Beschäftigte, die in Österreich jemals durchgeführt wurde, eröffnen sich den Menschen bessere Zukunftschancen auf den Arbeitsmärkten. Heuer wird für Qualifizierungsmaßnahmen dreimal soviel Geld ausgegeben wie 2008.

Tausende ArbeitnehmerInnen können in den kommenden Monaten das Angebot für eine weiterführende Ausbildung nutzen, um ihre Qualifikationen zu verbessern. Das Angebot soll weit gefächert sein und sowohl ArbeitnehmerInnen als auch dem Betrieb nützen.

SCHULE

Investitionen mit Mehrfach-Effekt

Bildungsministerin Claudia Schmied sorgt dafür, dass der Bildungsreform-Zug weiter mit Volldampf fährt. Allein heuer und im nächsten Jahr gehen 600 Millionen Euro in bessere Schulen. Und das ist gut so: Denn Investitionen in die Bildung helfen gleich mehrfach, wie zuletzt auch das WIFO bestätigte.



Bundeskanzler Faymann und Bildungsministerin Schmied bei der Besichtigung des Wiener Musikgymnasiums Neustiftgasse, einem aktuellen Baustandort.

Der Wirtschaftskrise muss auf allen Ebenen entschlossen entgegengetreten werden. Ein wichtiges Handlungsfeld ist hier, in die Bildung zu investieren. Denn das hilft gleich doppelt: So schaffen Bildungsinvestitionen kurzfristig Arbeitsplätze (an den Schulen selbst und in der Bauwirtschaft), während sie auf lange Sicht den Wohlstand unseres Landes absichern und zusätzlich zum individuellen Wohlstand beitragen. Zu diesem erfreulichen Ergebnis ist jetzt auch eine WIFO-Studie gekommen, die die Wirkung von Bildungsinvestitionen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise ausdrücklich bestätigt.

Zehnfacher Ertrag

WIFO-Chef Karl Aiginger ist überzeugt, dass Bildungsinvestitionen insgesamt einen „zehnfachen Ertrag“ bringen. Denn damit wird die Basis für mehr Wettbewerbsfähigkeit gelegt, es erhöht sich das individuelle Einkommen, die Arbeitslosigkeit wird reduziert und das Wirtschaftswachstum steigt. Zusätzlich gibt es mehr Forscher, die Einkommensunterschiede werden ausgeglichen und es gibt auch mehr Chancen für

Migranten. Bildung erhöht aber auch das persönliche Wohlbefinden (höher gebildete Menschen leben gesünder), das Interesse für Politik ist höher und man kann sich die Globalisierung zu Nutze machen. Aigingers Resümee: „Umso wichtiger ist es, dass jetzt investiert wird.“

Bildung verbessert Chancen am Arbeitsmarkt

Besonders deutlich wird die große Wirkung von Bildungsinvestitionen, wenn man sich die Arbeitslosenzahlen näher ansieht. Denn es ist nachweislich so, dass Bildung die Chancen am Arbeitsmarkt deutlich verbessert: So lag die Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Pflichtschulabschluss im Jahr 2008 bei durchschnittlich 14 Prozent, bei Menschen mit Hochschulabschluss lediglich bei 1,9 Prozent. Und: In wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind Menschen mit Hochschulabschluss deutlich weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als Menschen mit geringer Qualifikation. So ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit höchstens Pflichtschulabschluss im Dezember 2008

um 7,6 Prozent gestiegen, bei Akademikern betrug der Anstieg der Arbeitslosigkeit hingegen nur 4,6 Prozent.

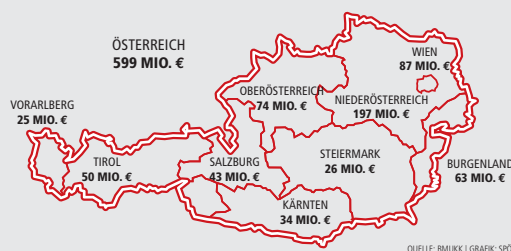
„Es geht darum, die Schulen baulich fit zu machen, um das engagierte Programm von Bildungsministerin Claudia Schmied in die Tat umsetzen zu können.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Damit bestätigt das WIFO schwarz auf weiß: Bildung zahlt sich aus. Für Schmied ist daher klar: „Wir müssen unseren Weg des bildungspolitischen Aufbaus entschlossen fortsetzen.“ Geschehen wird das auch mit insgesamt 1,7 Milliarden Euro an Infrastrukturinvestitionen im Bildungsbereich bis zum Ende der Legislaturperiode. Allein 2009 und 2010 werden 600 Millionen davon in 71 Bundesschulen investiert, damit wird auch die Bildungsqualität entscheidend verbessert, wie Schmied bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Werner Faymann betonte. Grundvoraussetzung für die Umsetzung des engagierten Programms von Ministerin Schmied sei es, „die Schulen baulich fit zu machen“, wie Faymann betonte. Mit dem massiven Investitionsprogramm wird genau das möglich. Denn unsere Kinder brauchen bessere Lernbedingungen und Klassenzimmer genauso wie moderne Tagesbetreuungsplätze und mehr Raum für Sport und Bewegung. ♦

Die besten Schulen für alle Kinder!

Investitionen in Bundesschulen 2009 und 2010



Am meisten in die Schule investiert wird in Wien und Niederösterreich.

INNENPOLITIK

Opposition in der Krise

Die globale Wirtschaftskrise stellt die Politik vor enorme Herausforderungen. Die Oppositionsparteien beschäftigen sich allerdings vornehmlich mit sich selbst.



„Die Oppositionsparteien liefern sich einen Wettkampf, wer am meisten an den Interessen der Menschen vorbei agiert.“

Man sollte meinen, dass sich alle Parteien entschlossen dem Kampf gegen eine Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Bewältigung der Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise widmen. Weit gefehlt. Während die

Autor Bundesregierung bemüht ist, Maßnahmenpakete zur Ankurbelung der Konjunktur zu schnüren und für die Menschen in schwierigen Zeiten spürbare Entlastungen zu erarbeiten, beschäftigen sich FPÖ, BZÖ und Grüne lieber mit sich selbst. „Es ist äußerst bedauerlich, dass von der Opposition keine konstruktiven Vorschläge zu hören sind. BZÖ und Grüne widmen sich ausschließlich internen Personaldiskussionen, während die FPÖ sich mit Ewiggestrigem beschäftigt“, erklärt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Dabei seien gerade in Krisenzeiten auch diskussionswürdige Konzepte der Oppositionsparteien gefragt, um gemeinsam den Menschen das Vertrauen in die Politik zurückgeben zu können. Allerdings scheinen sich die Oppositionsparteien derzeit eher einen Wettkampf darin zu bieten, wer am meisten an den Sorgen und Problemen der Menschen vorbei agiert. Die Grünen sind in der Frage der EU-Kandidatur so zerstritten, dass der Partei eine veritable Zerreißprobe bevor-

steht. Die FPÖ ist durch die Affäre um die Mitarbeiter des Dritten Nationalratspräsidenten diskreditiert und in permanentem Erklärungsnotstand. Das BZÖ hingegen muss alle Energie darauf verwenden, dass überhaupt jemand gefunden wird, der freiwillig das Amt des Parteivorsitzenden übernehmen will.

„Die Anliegen und Sorgen der arbeitenden Bevölkerung werden ausschließlich von der SPÖ ernst genommen.“

Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

„Einmal mehr bestätigt sich, dass die Anliegen und Sorgen der Menschen ausschließlich von der SPÖ ernst genommen werden, die ein kompaktes Programm im Interesse der arbeitenden Bevölkerung erarbeitet hat. Die teilweise groteske Performance der Opposition ist auf jeden Fall kein Beitrag zur Stärkung des Vertrauens in die Politik“, betont Kräuter. ♦

ISLAM-LEHRER

Paket gegen demokratiefeindliche Tendenzen

Bildungsministerin Claudia Schmied hat schnell auf demokratiefeindliche Tendenzen bei Islam-Lehrern reagiert und ein 5-Punkte-Programm vorgelegt.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie zur Geisteshaltung von in Österreich tätigen Islam-Lehrern hat für enorme Unruhe gesorgt. Offenbarte sie doch bedenkliche Demokratie-Defizite: Jeder fünfte Islam-Lehrer lehne demnach die Demokratie ab und fast 30 Prozent lehnen die Menschenrechtserklärung ab. Bildungsministerin Claudia Schmied hat als erste Maßnahme bis 12. Februar einen umfassenden Tätigkeitsbericht von der islamischen Glaubensgemeinschaft eingefordert.

Letzten Montag hat sich Schmied mit dem Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, Anas Schakfeh, auf ein klares 5-Punkte-Programm geeinigt – für Schmied ein großer Beitrag „zur Sicherung unserer Grund-

werte“. Mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen will die Bildungsministerin sicherstellen, dass islamische Religionslehrer mit demokratiefeindlichen Tendenzen künftig nicht mehr in unseren Klassenzimmern stehen. ♦



Die Freiheit der Religion darf nicht auf Kosten der demokratischen Grundwerte gehen.

Das 5-Punkte-Programm im Detail:

1. Neue Dienstverträge für alle islamischen Religionslehrer.
2. Keine Unterrichtserlaubnis für demokratiefeindliche Lehrer.
3. Neuer, moderner Lehrplan bis Ende April.
4. Überprüfung aller Schulbücher und Lehrmaterialien.
5. Fachinspektoren müssen jedes Semester umfassende Tätigkeitsberichte vorlegen.

Ergänzt wird dieses Maßnahmenpaket durch schwerpunktmäßige Kontrollen des Religionsunterrichts und der Deutschkenntnisse von Islam-Lehrern.

KÄRNTEN

Mehr Mittel für Arbeitsmarkt



Bundeskanzler Werner Faymann bei einem Betriebsbesuch in Kärnten.



Bundeskanzler Werner Faymann ist derzeit auf Wahlkampftour in Kärnten. Dort hat er mehr Mittel für den Arbeitsmarkt zugesichert.

Kärntens SPÖ-Spitzenkandidat Reinhart Rohr bezeichnet die Situation am Ar-

beitsmarkt als „dramatisch“. Deshalb stellte er das Thema Arbeit in den Mittelpunkt der Gespräche mit Werner Faymann. Erfreuliches Ergebnis dieser Unterredung: Der Bundeskanzler versprach bei seinem „Kärnten-Tag“ am Mittwoch mehr Mittel für den Arbeitsmarkt. „Ich habe Sozialminister Rudolf Hundstorfer dazu befragt, und er hat mir versichert, dass die Budgetmittel so vorbereitet sind, dass die Mehrbelas-

tung, die durch Kurzarbeit entsteht, zentral übernommen wird“, so Faymann, der betonte, dass es ihm „allemaal lieber ist, Kurzarbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.“

Durch das von der SPÖ-Kärnten initiierte Konjunkturpaket werden zudem Großprojekte mit einem Investitionsvo-

lumen von 500 Millionen Euro vorgezogen – dadurch werden tausende Arbeitsplätze geschaffen.

34 Millionen Euro für Kärntens Schulen

Außerdem wird die SPÖ-geführte Regierung in den nächsten zwei Jahren in Kärnten 34 Millionen Euro in den Schulbau investieren – was noch einmal hunderte Arbeitsplätze sichert.

SPÖ holt auf

Nach einer aktuellen IMAS-Umfrage bahnt sich in Kärnten bei der Landtagswahl ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPÖ-Chef Reinhart Rohr und BZÖ-Landeshauptmann Gerhard Dörfler an, der zuletzt mit jenseitigen Witzen und Aussprüchen für Aufregung sorgte. Die neusten Zahlen zeigen, dass die SPÖ aufholt, dass es aber weiter um jede Stimme geht: BZÖ 40-42 Prozent, SPÖ 39-41 Prozent. ♦

SALZBURG

Kampf gegen Verkauf des Tennengebirges



Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und LHStv. David Brenner kämpfen weiter gegen den Verkauf eines Teils des Tennengebirges.

Vier Quadratkilometer des Tennengebirges und damit strategische Wasserreserven wollen die Österreichischen Bundesforste an einen privaten Industriellen verkaufen. „Wir wollen keinen Verkauf von Teilen des Tennengebirges. Wir wollen frei zugängliche Seen und Bäche und wir wollen mehr geöffnete Forststraßen und Güterwege“, betont Burgstaller, die eine Revisionsschrift beim Obersten Gerichtshof gegen den Verkauf ankündigt. Um die Öffnung der Forst- und Güterwege für Hobbysportler zu erreichen, sollen in Zukunft öffentliche Förderungen zum Bau solcher Wege an eine vertragliche Vereinbarung zur privaten Nutzung dieser Wege ge-



Burgstaller sagt Nein zum Zurückdrängen des Gemeinwesens.

knüpft werden. Schließlich lebt der Tourismus zu einem großen Teil von Wandern, Ski- und Radfahrern.

Burgstaller führt Umfragen weiter an

Fünf Punkte Vorsprung hat die Salzburger SPÖ laut einer Umfrage des IGF (Institut für Grundlagenforschung) auf die ÖVP. Demnach liegt die SPÖ einen Monat vor der Wahl bei 42 Prozent und die ÖVP bei 37 Prozent. Bei einer Direktwahl erhielt Burgstaller laut Umfrage 46 Prozent, ÖVP-Kandidat Haslauer nur 29 Prozent. Größtes Vertrauen setzt die Bevölkerung in die SPÖ bei den Themen „Sicherung des Gesundheitssystems“, „Förderung und Unterstützung von Familien“ und „Schaffung von Arbeitsplätzen“.

Für SPÖ-Landesgeschäftsführer Uwe Höfferer ein klares Zeichen: „Diese Daten belegen einen stabilen Vorsprung der Salzburger SPÖ knapp einen Monat vor der Landtagswahl.“ ♦

Sachbuch

Der Crash des Kapitalismus

Warum die entfesselte Marktwirtschaft scheiterte und was jetzt zu tun ist, um den Wohlstand der Gesellschaft zu erhalten.

Die Finanzkrise erschüttert die Wirtschaft in einem Ausmaß, das die Welt seit 80 Jahren nicht mehr erlebt hat. Wir stehen am Anfang einer neuen Weltwirtschaftskrise. Sie vernichtet Milliardensummen, macht Konzerne zahlungsunfähig, bedroht Arbeitsplätze und gefährdet unzählige Existenzen. Verunsicherung breitet sich aus. Der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, ist gescheitert – mit gefährlichen Folgen für unsere Gesellschaft: Sie driftet auseinander, die Kluft zwischen Reich und Arm

wächst und die Mittelschicht packt die Angst vor dem Abstieg. Wie die Alternative zur entfesselten Marktwirtschaft aussieht, darum wird sich die Debatte in den nächsten Jahren drehen. Der Wirtschaftsexperte Ulrich Schäfer erzählt die dramatische Geschichte vom Crash des Kapitalismus. Packend und kenntnisreich hilft er, seine langfristigen Ursachen zu verstehen. Und er zeigt, was wir jetzt tun müssen, damit Wirtschaft und Gesellschaft wieder festen Boden unter die Füße bekommen. ♦

Gespräche

Auf eine Zigarette mit Helmut Schmidt

Politik und Privates – die schönsten „Zeit“-Gespräche, ergänzt durch ein unveröffentlichtes Interview über Liebe und Tod.

Seit eineinhalb Jahren bittet Giovanni di Lorenzo den Altkanzler jeden Freitagmittag auf eine Zigarette in sein Büro am Hamburger Speersort. Dann beginnt das Wortgefecht, ein Wechselspiel von Zeigen und Verbergen, Provozieren und Zurechtweisen, Anschauung und Analyse, das inzwischen mehr als eine Million alter wie junger Leser der „Zeit“ begeistert. Die Interviews dauern mal zehn Minuten, mal auch eine Stunde. Übrig bleibt eine einzigartige Mischung aus Politischem, Privatem und

erlebter Geschichte: von Schmidts Wut auf Investmentbanker über den Walzer, den er einst mit Gracia Patricia tanzte, bis hin zu seiner Schulzeit mit Loki. Es gibt keinen zweiten Politiker in Deutschland, den man so gern lesen möchte. Helmut Schmidt ist Zeuge des 20. Jahrhunderts, dessen Autorität bis heute ungebrochen ist. Hier leistet sich noch jemand ganz furchtlos eine Meinung – manchmal brachial vorgetragen, meistens aber mit diskretem hanseatischem Charme. ♦

Roman

Ein Roman in neun Geschichten

Neun Episoden ordnen sich nach und nach zu einem Gesamtbild: Ein raffiniertes Spiel mit Realität und Fiktion.

Ein Mann kauft ein Mobiltelefon und bekommt Anrufe, die einem anderen gelten, nach kurzem Zögern beginnt er ein Spiel mit der fremden Identität. Ein bekannter Schauspieler wird von einem Tag auf den nächsten nicht mehr angerufen, als hätte jemand sein Leben an sich gerissen.

Ein Schriftsteller macht zwei Reisen in Begleitung einer Frau, deren größter Alptraum es ist, in einer seiner Geschichten vorzukommen, ein verwirrter Internet-

blogger wiederum wünscht sich nichts sehnlicher, als einmal Romanfigur zu sein. Ein weltweit gelesener Esoterik-Guru steht kurz vor dem Selbstmord, eine Krimiautorin geht auf einer abenteuerlichen Reise in Zentralasien verloren, eine alte Dame auf dem Weg in den Tod hadert mit dem Schriftsteller, der sie erfunden hat, und ein Abteilungsleiter in einem Mobiltelefonkonzern verliert über seinem Doppelleben zwischen zwei Frauen Arbeit und Verstand. ♦

☐ Stk.


Ulrich Schäfer:
Der Crash des Kapitalismus.
Campus Verlag,
Frankfurt 2009;
326 Seiten, 20,50 €

☐ Stk.


Schmidt, Lorenzo:
Auf eine Zigarette mit Helmut Schmidt.
Kiepenheuer & Witsch Verlag,
Köln 2009;
282 Seiten, 17,50 €

☐ Stk.


Daniel Kehlmann:
Ruhm
Rowohlt Verlag,
Hamburg 2009;
203 Seiten, 19,50 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



„FAYMANN. DIE NEUE POLITIK“

Herzstück soziale Sicherheit

Bundeskanzler Werner Faymann präsentierte in einer programmatischen Rede die Ziele und Lösungsansätze der SPÖ für das Jahr 2009.



Bundeskanzler Werner Faymann: „Wirklich zufrieden können wir erst sein, wenn der Mensch im Mittelpunkt steht – und nicht die Aktienmärkte“.

Bei den Menschen und ihren Sorgen“ lautete der Slogan, mit dem zum Großevent nach Wien Erdberg geladen wurde. Und die Sorgen der kleinen Leute vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise – sowie die Lösungen der Sozialdemokratie – standen im Zentrum der Veranstaltung „Faymann. Die neue Politik“. Nachdem SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas in ihrer Rede bereits dargelegt hat, dass die SPÖ sich mit vollem Engagement für die Interessen der arbeitenden Menschen einsetzen wird, fand der SPÖ-Vorsitzende, Bundeskanzler Werner Faymann, deutliche Worte, die als Programm für das Jahr 2009 zu sehen sind. „Die Bevölkerung kann sich darauf verlassen: Wir stehen für ein soziales Österreich. Und auf derselben Seite, gemeinsam, solidarisch und miteinander sind wir von niemandem zu schlagen“, sprach Faymann die Wahlausinandersetzungen in diesem Jahr an. Denn in der SPÖ stehen viele engagierte Menschen zusammen – und das mit „Programmen auf Seiten der Bevölkerung“, so Faymann mit Verweis auf die engagierte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der

SPÖ-Vorsitzende appellierte aber auch: „Die sozialdemokratische Bewegung muss sich für neue Menschen und Ideen öffnen.“

Klare Absage an FPÖ – und Neoliberalismus

Eine klare Absage wurde einer Zusammenarbeit mit der FPÖ erteilt. „Mit dieser Partei lässt sich kein Staat machen. Das habe ich immer gesagt, und ich bleibe dabei.“

Auch die Schüsselsche Politik des Neoliberalismus gemäß dem Motto „privat ist

kritisierte Faymann. „Die Menschen haben sich auf die Aktien verlassen, die ja sogar besonders gefördert wurden.“ Es sei nun ein Gebot der Stunde, mit aller Kraft die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Aber es gelte auch nach den Schuldigen zu fragen und zu verhindern, dass diese wieder ein Finanzmarkt-Kartenhaus aufbauen können. „Wirklich zufrieden können wir erst sein, wenn der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht die Aktienmärkte.“ Hier gehe es auch um die europäische Kontrolle der Finanzmärkte und um die Frage der Verteilungsgerechtigkeit – aber ebenso um Konsumentenschutz. „Manches Mal ist ein Yoghurt besser gekennzeichnet als ein Finanzmarkt-Produkt.“ In anderen Ländern haben die Menschen sogar für die Ausbildung ihrer Kinder, für die Gesundheitsversorgung, für die Pflege im Alter gespart und in Aktien und Fonds investiert. Viele dieser Menschen stünden nun vor einer Katastrophe. Daran würde sich erkennen lassen, dass Österreich viel besser dasteht als andere Länder mit anderen Konzepten. „Die Sozialdemokratie, die soziale Sicherheit als eines ihrer Herzstücke sieht, hat viel dazu beigetragen.“

Zum Thema Europäische Union betonte Faymann, dass sich die SPÖ für eine Stärkung der Sozialpolitik, der Bürgernähe und des Konsumentenschutzes engagieren wird. Nur gemeinsam könne man Erfolg haben, Österreich, die EU und die Welt müssten nach der derzeitigen Krise aber grundlegend anders sein – nämlich ökologischer und solidarischer. „Konsequenzen aus der Wirtschaftskrise zu ziehen kann nicht bedeuten, das gleiche Spekulationskartenhaus wieder aufzubauen.“ ♦

„Die Bevölkerung kann sich darauf verlassen: Wir stehen für ein soziales Österreich. Und auf derselben Seite, gemeinsam, solidarisch und miteinander sind wir von niemandem zu schlagen.“

Werner Faymann

besser als Staat“ fand vor den Augen des Kanzlers keine Gnade. Vor allem auch, dass Pensionseinbußen mit möglichen Renditen am Aktienmarkt scheinbar versüßt wurden,



„FAYMANN. DIE NEUE POLITIK“

Aufbruchstimmung im U-Bahnhof

Die Rede des SPÖ-Vorsitzenden war wegweisend, die Inszenierung großartig, die Stimmung bestens: 1.400 GenossInnen und SympathisantInnen fanden sich im Wiener U-Bahn-Betriebsbahnhof Erdberg zu einer gelungenen SPÖ-Großveranstaltung ein.



Fotos: Lehmann (8), Wrede (2)

Bei den Menschen und ihren Sorgen war die SPÖ mit ihrer Veranstaltung „Faymann. Die neue Politik“.



Unser Auftrag ist es, bei den Menschen und ihren Sorgen zu sein. Wir versprechen nicht das Unmögliche. Wir machen keine Versprechungen, die nicht haltbar sind, aber wir setzen uns mit ganzer Kraft ein, schöpfen den gesamten Handlungsspielraum der Politik aus und lassen die Menschen gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht allein“, erklärte SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas in ihrem Statement bei der programmatischen Großveranstaltung: „Faymann. Die neue Politik“. Während ihrer einführenden Worte konnte man den Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzenden per Großleinwand aus der U-Bahn aussteigen, mit Passanten reden und Richtung U3-Betriebsbahnhof Erdberg gehen sehen. Ganz unpräntentiös – bei den Menschen eben.

Den Abschluss fand das Event mit der zehnjährigen Mira Sophia Ulz, Siegerin des Kiddy Contest 2008, die auf den Videowalls das „Lied der Arbeit“ sang und anschließend, begleitet vom Streichquartett „Vienna Music“, die Bundeshymne. ♦



Die gesamte Regierungsrunde und viel SPÖ-Prominenz u.a. BM Michael Häupl und stv. LH Erich Haider waren gekommen.



Ein Kanzler „zum Anfassen“ und mit einem Herz für Kinder – Kiddy Contest-Siegerin Mira Sophia Ulz freut's ebenso, wie langjährige SPÖ-Sympathisanten.





Privat

Staat und Religionsunterricht

Thomas Schmidinger plädiert in der Frage des islamischen Religionsunterrichts für kritische Debatten – auch innerhalb der islamischen Glaubensgemeinschaft.



Bilderbox

„Gerade die Kritik liberaler und linker Muslime, die ja auch schon vor dieser Studie formuliert, aber eben nie gehört wurde, sollte nun zur Kenntnis genommen werden.“

hat bislang sowohl der extremen Rechten, als auch den demokratiefeindlichen Strömungen eines politischen Islam genutzt. Dagegen müsste sich nun eine ehrliche, offene und kritische Auseinandersetzung der Linken und Liberalen stellen, die Demokratie und Säkularismus ebenso verteidigen, wie den Grundsatz der Religionsfreiheit. Letztere umfasst auch die negative Religionsfreiheit. Eine offene Debatte muss auch die Sinnhaftigkeit eines konfessionellen Religionsunterrichts an österreichischen Schulen mit einschließen. Dabei müsste auch über Alternativen – etwa einen überkonfessionellen Religionskundeunterricht – ernsthaft nachgedacht werden. ♦

Es ist nicht egal, welches Bild vom Islam im islamischen Religionsunterricht vermittelt wird.

Die fünf Punkte, die Bildungsministerin Claudia Schmied als „Eini-gung“ mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGiÖ) präsentierte, sind eine schöne Absichtserklärung. Wichtig ist jedoch die Frage, zu welchen konkreten strukturellen und personellen Veränderungen sie führen werden. Der derzeitigen Führung der IGGiÖ kann dies angesichts der Reaktionen auf die Studie von Mouhanad Khorchide nicht allein überlassen werden. IGGiÖ-Präsident Schakfeh erklärte zunächst die demokratiefeindliche Einstellung eines Fünftels seiner Religionslehrer zu „Privatmeinungen“ und versuchte später, an der wissenschaftlichen Reputation des Studienautors zu kratzen.

Es wird nicht genügen, die LehrerInnen unter Androhung der Kündigung zur Unterschrift unter ein Bekenntnis zur Demokratie zu drängen. Auch die Qualität der Überprüfung der Schulbücher durch einen „unabhängigen wissenschaftlichen Beirat“ wird

stark von der Zusammensetzung dieses Beirats abhängig sein. Immerhin dürfte nun jedoch aufgefallen sein, dass es auch innerhalb der muslimischen Communities in Österreich Kritik am Einfluss fundamentalistischer und erzkonservativer Gruppierungen innerhalb der Glaubensgemeinschaft gibt und dass es nicht egal ist, welches Bild vom Islam im islamischen Religionsunterricht vermittelt wird. Gerade die Kritik liberaler und linker Muslime, die ja auch schon vor dieser Studie formuliert, aber eben nie gehört wurde, sollte nun zur Kenntnis genommen werden. Kritische Debatten – auch innerhalb der islamischen Glaubensgemeinschaft – sind ja gerade jene Keime der Demokratie, die gefördert und nicht durch blinde Harmoniesucht zerstört werden sollten. Angst vor Debatten ist hier fehl am Platz. Rationale Kritik ist geradezu das Gegenteil von Ressentiment und stärkt eben nicht die orangen und blauen Hetzer. Im Gegenteil: Das Verschweigen und Zudecken von Problemen

Thomas Schmidinger

ist Lektor am Institut für Politikwissenschaft und Vorstandsmitglied der Hilfsorganisation LeEZA.



Das im Herbst 2008 erschienene Buch „Zwischen Gottesstaat und Demokratie. Handbuch des politischen Islam“ setzt sich auch mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft kritisch auseinander.

Wien, Zsolnay & Deuticke, 2008. 20,50 €

TERMINKALENDER

Donnerstag, 12. Februar

Gedenken an die Opfer des Februar 1934

Zum 75. Mal jähren sich heuer die Ereignisse des 12. Februar 1934. Aus diesem Grund ist diese Gedenkkundgebung zugleich auch Beginn des heurigen Hindels-Symposiums, das sich mit der Bedeutung dieses 12. Februars für die heutige Zeit und vor allem auch für die heutige Generation befassen wird. Dazu sprechen Bundeskanzler Werner Faymann und Bürgermeister Michael Häupl.

Beginn: 18 Uhr,

Rabenhof

Rabengasse 3
1030 Wien

75 Jahre 12. Februar 1934

Neben den traditionellen Kranzniederlegungen und einer historischen Stadtrundfahrt gibt es eine Gedenkveranstaltung im Hof des Traditionshauses der SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36. Nationalratspräsidentin

Barbara Prammer eröffnet eine Ausstellung zum Februar 1934. Im Innenhof des ehemaligen „Hotel Schiff“ steht auch eine Videoinstallation von Chris Müller (Theater Haus-ruck) auf dem Programm. Nach der Gedenkrede von LH-Stv. Dipl.-Ing Erich Haider gibt es eine Lesung mit Franzobel.

Weitere Informationen unter

ooe@spoe.at

Landstraße 36
4020 Linz

Samstag, 14. Februar

Der 12. Februar 1934 – Vorbei und Vergessen? Oder doch noch aktuell?

Das diesjährige Hindels-Symposium beschäftigt sich mit der Bedeutung der Ereignisse im Februar 1934 für die heutige Zeit. Die SJÖ veranstaltet gemeinsam mit dem Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen eine Podiumsdiskussion zu diesem Thema. Eröffnung und historische Einleitung: NR a.D. Ernst Nedwed; Podiumsdiskussion:

Wolfgang Moitzi (Vorsitzender Sozialistische Jugend Österreich), Tina Tauss (Vorsitzende der Jungen Generation), Christoph Peschek (GPA Jugendsekretär), VertreterIn der Katholischen Jugend (angefragt), Moderation: Marcus Schober (SPÖ-Bildungssekretär).

Beginn: 9 Uhr

Bildungszentrum

Praterstraße 25
1020 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chefin v. Dienst: Mag. Ute Pichler

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald

Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz,

Peter Slawik, Sabine Weinberger

Layout: Thomas Lehmann,

Coverfoto: Thomas Lehmann

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka,

Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,

1014 Wien, Löwelstraße 18

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at

Homepage: www.spoe.at

Bezahlte Anzeige

– ROGILE –

Objektsanierung GmbH

1040 Wien, Argentinierstrasse 12/21

Tel.:/Fax: 01 - 208 58 84 • e-mail: rogile@live.at

BESTELLEN SIE JETZT IHR JAHRRESABO



Aktuelle Informationen Hintergrundberichte Analysen

Bestellen Sie Ihr Abo per Telefon unter 0810-810-211, über Internet: www.spoe.at
oder schreiben Sie uns: SPÖ Aktuell, Löwelstr. 18, 1014 Wien